

Gastkolumne

Nein, das ist nicht «woke», das ist zutiefst amerikanisch

Am 19. Juni gedenken die USA neuer Befreiung der Sklaven. Dieses Datum ist nicht ganz perfekt – und passt deshalb zum Land



Claudia Franziska Brühwiler

Einstimmig. Ein solches Abstimmungsergebnis im US-Senat erstaunt angesichts eines politischen Klimas, das seit Jahren von parteilichen Gehässigkeiten geprägt ist. Anlass für so viel seltene Harmonie war die Einführung des sogenannten Juneteenth als elfter nationaler Feiertag: Fortan wird die USA jeweils am 19. Juni der Befreiung der Sklaven gedenken. Knapp zwei Wochen vor dem Unabhängigkeitstag werden sich die Amerikaner vergewärtigen, dass der 4. Juli 1776 einen Freiheitskampf einläutete, der mit dem Sieg über die englische Krone längst nicht zu Ende war. Im Repräsentantenhaus stimmten nur vierzehn Republikaner gegen den neuen Feiertag. Neben den Mehrkosten lautete der häufigste Kritikpunkt, Juneteenth spalte das Land und reduziere die amerikanische Geschichte auf Sklaverei und Rassismus.

Tatsächlich verkompliziert Juneteenth die patriotische Fortschrittserzählung vom 4. Juli, fügt sich aber in gewisser Weise in diese ein und trägt bei zu einem offeneren, ja, reiferen Umgang mit den Widersprüchen der Geschichte. Mit anderen Worten: Juneteenth ist nicht «woke», sondern zutiefst amerikanisch.

Amerikanisch ist allein schon, dass Juneteenth wie praktisch alle nationalen Feiertage – mit Ausnahme des Weihnachts- und

Neujahrstags – der eigenen Geschichte gedenkt. Vom Erntedankfest über den Geburtstag des ersten Präsidenten bis zur Ehrung ihrer Gefallenen zelebrieren die Amerikaner vor allem das eigene Land und seine Helden. Die uns vertrauten religiösen Festtage ersetzen die USA durch zivilreligiöse Feiern. Während der Anteil bekennender Christen stetig abnimmt, können der Verehrung für die Gründerväter und dem Glauben an die Verfassung auch die jüngsten Krisen wenig anhaben.

Ebenso amerikanisch ist die Geschichte von Juneteenth als Feiertag, der nicht einfach von oben verordnet wurde, sondern als Tradition in und mit der Gesellschaft gewachsen ist. Am 19. Juni 1865 setzten die Unionstruppen im texanischen Galveston Abraham Lincolns Emanzipationserklärung durch und befreiten so 250 000 Sklaven. Schon im Folgejahr wurde dieser Tag vereinzelt gefeiert und fand stetig Verbreitung. Schliesslich machte 1980 Texas den Anfang von zuletzt 47 Gliedstaaten, die Juneteenth als Feiertag anerkennen. Dieser Erfolg ist auch unermüdlichen Aktivisten wie Opal Lee zuzuschreiben, deren Elternhaus 1939 just am 19. Juni von einem weissen Mob in Brand gesteckt wurde und die nun als 94-Jährige den Dank des Präsidenten entgegennehmen durfte.

Amerikanisch ist indes auch, dass in der Euphorie um die Einführung des neuen Feiertags fast unterging, dass das damalige Ereignis so wenig für einen simplen Triumph steht wie der 4. Juli. Denn als 1865 die Unionstruppen Texas übernahmen, erreichte die dortigen Sklaven die Emanzipationserklärung mehr als zwei Jahre verspätet. Diese war nämlich schon am 1. Januar 1863 in Kraft getreten und hätte für sämtliche Sklaven in



Kulturkämpfe mittels Zensur gewinnen zu wollen, ist der falsche Weg – vor allem, wenn die Zensoren sonst am lautesten das Ende der Meinungsfreiheit beklagen.

den Konföderierten Staaten die Freiheit bedeutet – nicht aber in den Sklavenstaaten des Nordens. Dort sollte selbst Juneteenth noch kein Unabhängigkeitstag sein. Erst mit dem Inkrafttreten des dreizehnten Verfassungszusatzes im Dezember 1865 war die Sklaverei endgültig abgeschafft.

Für Afroamerikaner galten «die selbstverständlichen Wahrheiten», von denen die Unabhängigkeitserklärung spricht, jedoch noch länger nicht. Ihr neuer Feiertag zwingt die Amerikaner, sich damit auseinanderzusetzen und das eigene Geschichtsbild zu hinterfragen. Die neue Tradition beginnt just in einem Jahr, in dem mehr denn je über den Umgang mit der Vergangenheit gestritten wird. Bereits haben acht Gliedstaaten Gesetze erlassen oder anders interveniert, um den Geschichtsunterricht in öffentlichen Schulen zu beschneiden. So unterbindet Florida die Auseinandersetzung mit Weissein als Privileg («white privilege») oder mit dem viel kritisierten «1619 Project», das Sklaverei und Sklavenhandel ins Zentrum amerikanischer Geschichtsschreibung rückt. In über einem Dutzend anderen Gliedstaaten stehen ähnliche Massnahmen zur Debatte.

Kulturkämpfe mittels Zensur gewinnen zu wollen, ist der falsche Weg – vor allem, wenn die Zensoren sonst am lautesten das Ende der Meinungsfreiheit beklagen. Mit Juneteenth als Fixpunkt im Kalender kann sich ohnehin kaum jemand der Debatte entziehen. Der Tag steht letztlich auch für das Versprechen, das sich die USA selbst in der Verfassung geben: «Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, von der Absicht geleitet, unseren Bund zu vervollkommen...»

Claudia Franziska Brühwiler lehrt an der Universität St. Gallen Amerika-Studien.

Medienkritik

Das kleine Einmaleins der Indiskretion



Felix E. Müller

Verglichen mit früheren Fällen ist die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge diesmal lange erstaunlich ruhig verlaufen. Der mediale Lobbyismus der Hersteller hielt sich in Grenzen. Kaum Werkbesuche mit Abendprogramm, kaum Reisen auf abgelegene Fliegerhorste. Bloss «Blick» und «Tages-Anzeiger» haben wiederholt die linke Position vermittelt, US-Geräte kämen nicht infrage, was natürlich den Konkurrenten in die Karten spielte.

Doch dann kam sie, die grosse Indiskretion! Wenige Tage vor dem Bundesratsentscheid zur Typenwahl wurden Medien gezielt darüber informiert, dass ein amerikanischer Jet zuoberst auf der Wunschliste des VBS stehe. Ziel dieses Manövers: einen Proteststurm der Linken zu entfachen, um den Bundesrat einzuschüchtern und zum Kauf eines europäischen Produkts zu bewegen.

In Bern ist es ein offenes Geheimnis, dass das Leak im Umfeld eines oder zweier Bundesräte zu suchen ist. Dies illustriert die herrschende Doppelmoral schön: Indiskretionen werden generell verurteilt, aber gerne begangen, wenn sie den eigenen Interessen dienen. Offiziell gelten dabei stets die Journalisten als Schuldige, weil sie die Überbringer der indiskreten Nachrichten sind.

Es gibt allerdings keinen Grund, weshalb die Medien hätten darauf verzichten sollen, über die Absichten des VBS zu berichten. Kein Landesinteresse wird dadurch verletzt. Für die Unruhe, die jetzt im Beschaffungsprozess entsteht, sind jene verantwortlich, welche die Informationen herausgegeben haben.

Kürzlich hat der Ständerat den Bundesrat aufgefordert, energischer gegen Indiskretionen vorzugehen. Der Rat dachte primär an eine härtere Bestrafung von Medienschaffenden. Das ist so, als ob man den Chauffeur büssen würde, weil er Maschinen mit gefälschten Komponenten transportiert.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

51 Prozent

Bitte, bitte, ein Bier!



Nicole Althaus

Bevor ich zum Thema komme, lege ich hier meine Interessenbindung offen: Ich trinke gern ein Glas Wein oder einen Whiskey. Und ich würde lügen, wenn ich behauptete, dass ich dies erst tue, seit ich nicht mehr im gebärfähigen Alter bin.

Aber zum Anlass der Kolumne: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat diese Woche mit einem Passus im Entwurf ihres Alkohol-Reports vielerorts für Schnappatmung gesorgt. Darin heisst es: «Angemessene Aufmerksamkeit sollte der Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Schwangeren und Frauen im gebärfähigen Alter gewidmet werden.» Dieser Satz im weltweiten Aktionsplan gegen schädlichen

Alkoholkonsum interessiert mich weniger als trinkende, sondern vielmehr als denkende Frau. Denn er ist zweifellos gut gemeint, aber sehr schlecht gedacht. Ja, der Passus ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, dass selbst hinter den grössten Sexismen oft keine Bosheit, sondern bloss ein unhinterfragtes Vorurteil, ein *hidden bias*, steckt. In diesem Fall sind es gleich drei – in einem einzigen Satz.

Beginnen wir mit dem offensichtlichsten, nämlich der sexistischen Reduktion des weiblichen Geschlechts auf die Gebärfähigkeit. Nicht jede Frau im gebärfähigen Alter ist potenziell eine werdende Mutter, liebe WHO. Es gibt junge Frauen, die nicht schwanger werden möchten. Es gibt solche, die nicht schwanger werden können. Und diejenigen, die mit dem Gedanken spielen, Mutter zu werden, sollten nicht weniger als mündige Menschen betrachtet werden als Männer, die in Betracht ziehen, Vater zu werden. Leider traut die WHO das Bewusstsein für die Gefahren übermässigen Alkoholkonsums nur den Männern zu. Das zumindest muss man aus dem Fakt schliessen, dass zeugungsfähige Männer keine spezifi-

sche Prävention brauchen – obwohl Männer viel länger zeugungsfähig sind als Frauen gebärfähig. Und obwohl sie offenbar ein grösseres Alkoholproblem haben: 283 Millionen Menschen ab 15 Jahren trinken zu viel, davon 237 Millionen Männer und 46 Millionen Frauen. Eine Studie von 2014 hat zudem festgestellt, dass übermässiger Alkoholkonsum bei Männern die Spermienqualität stark vermindert und die reproduktiven Hormone verändert.

Damit kommen wir zur zweiten sexistischen Annahme der WHO: Reproduktion ist eine männliche Potenz und eine weibliche Pflicht. Die Frau hat dafür zu sorgen, dass genug Kinder geboren werden und dass sie schadlos auf die Welt kommen. Ganz so, als hätten Männer keinen Einfluss auf Zahl und Gesundheit von kleinen Erdenbürgern. Natürlich haben Frauen in Europa andere Probleme als Frauen in Afrika oder China. Und doch gibt es etwas, was sie verbindet: Frauen sind stets die Adressaten, wenn in einer Gesellschaft Fürsorgepflichten oder Moralvorstellungen formuliert werden.

Und damit sind wir beim dritten der *hidden bias*: Alkohol für Frauen zu problema-



In jeder Kultur, die jemals erforscht wurde, gelten für Frauen beim Trinken strengere Regeln als für Männer.

tisieren, ist ein kleiner Schritt in einem grösseren System. Alkohol wird wie Promiskuität nicht geschlechtsneutral bewertet. In jeder Kultur, die jemals erforscht wurde, gelten für Frauen beim Trinken strengere Regeln als für Männer. Frauen wurden meist von Trinkritualen ausgeschlossen und durften weder in Salons noch in Bars verkehren. Taten sie es dennoch, wurden sie zu Verführerinnen, Kupplerinnen, Diebinnen oder Huren stereotypisiert. Alkohol war nie nur ein Genussmittel, sondern immer auch ein Schlüsselbegriff in einem Diskurs, mit dem Geschlechternormen verhandelt wurden. Und offenbar immer noch werden.

Zwar verkleiden sich heute moralische Vorhaltungen elegant in Ratschläge: Frauen vertragen Wein doch so schlecht mit ihrer kleinen Leber! Und um Schwangere sorgt sich die WHO so sehr, dass sie diesen gar nichts mehr zutraut ausser waschen, kochen, putzen und natürlich ihren Busen für mindestens ein halbes Jahr Stillen zu wappnen. Ich glaube, ich brauche jetzt ein Bier!

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».